

## Niederschrift

### zur 45. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 23.01.2014	18:00- 20:30 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Jürgen Grasnick , Fred-Hagen Grünewald , Helga Juraschek , Maria Meinel , Käthe Radom , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

##### CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

##### SPD-Fraktion

Elisabeth Alter , Helga Bluschke , Klaus Hemmerling , Ines Jeske , Jürgen Luban , Klaus Runge , Roland Schulze , Elke Wagner ,

##### FDP-Fraktion

Heiner Buzziol , Eberhard Henkel , Lothar Hoffrichter , Lutz König , Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

##### Fraktionsloser Abgeordneter

Lothar Nachtigall ,

##### Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

##### Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Dr. Ingo Wetter ,

##### Abwesend

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und Gäste recht herzlich und eröffnet die 45. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es sind 29 Stadtverordnete (Abg. Alter ab 18.10 Uhr) und der Bürgermeister anwesend.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den TOP 8.3. Bebauungsplan Nr. 64 „Solarpark Flugplatz II“ von der Tagesordnung zu nehmen, da zur heutigen Sitzung erneute umfangreiche und sich widersprechende Gutachten vorgelegt wurden, die zunächst gesichtet und diskutiert werden sollten.

Der Abg. Wende spricht gegen den Antrag und verweist auf ausführliche Informationen zum Sachverhalt im Ausschuss für Stadtentwicklung. Dabei wurde auch auf die kurzfristigen schriftlichen Informationen verwiesen, die in das ratsinformationsportal eingepflegt und bis mittags jedem Stadtverordneten per e-Mail zugestellt wurden.

Zunächst wird über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt.

Zustimmung: 2 Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Des Weiteren stellte die Fraktion DIE LINKE. fristgerecht den Antrag, einen Runden Tisch für Integration einzuberufen. Der Antrag liegt allen Stadtverordneten vor. Die Tagesordnung wird um diesen Antrag erweitert, da er fristgerecht eingegangen ist, bei der Veröffentlichung der Tagesordnung aber nicht mehr berücksichtigt werden konnte.

**Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 44. Sitzung vom 12.12.2013**

**Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

## **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende informiert, dass zum Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus am Montag, dem 27.1.2014 um 16.00 Uhr, eine Kranzniederlegung auf dem Ottomar-Geschke-Platz stattfindet.

### **TOP 5.1 Ehrung des Projektes "Das Welt ist bunt" der Spreeoberschule mit dem Preis für soziales Engagement**

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen, Abg. Wagner, hält die Laudatio. Mit dem Preis für soziales Engagement, gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt wurden seit 2009 viele würdige Preisträger geehrt. Für 2013 fiel die Wahl auf ein Projekt, das seit 2010 fest im Kalender der Spree-Oberschule verankert ist und das sich bei Schülerinnen und Schüler zunehmender Beliebtheit erfreut. Unter dem Titel „Die Welt ist bunt“ organisieren sie eine Veranstaltungsreihe mit Filmen, Musik, Tanz und Sport. Das Ziel ist einerseits den hier lebenden ausländischen Mitschülerinnen und Mitschülern ein Forum zu bieten, auf dem sie die bunte Vielfalt ihrer heimatlichen Kultur vorstellen können und zugleich Akzeptanz, Verständnis für einander und Lernen miteinander zu fördern. Durch die gemeinsamen Aktivitäten wird die richtige Atmosphäre geschaffen, damit deutsche und ausländische Schülerinnen und Schüler sich besser kennenlernen können. Toleranz gegenüber anderen Menschen, Ländern, Sitten und Gebräuchen – Eigenschaften, die in einer immer kleiner werdenden Welt, immer wichtiger wird.

Anschließend stellt sich die Spreeoberschule mit ihrem Projekt vor und die Ehrengabe wird über-

reicht.

## **TOP 5.2 Verabschiedung der Schiedsleute (2008 bis 2013)**

Frau David, Herr Helling und Herr Hein werden für ihr Engagement als Schiedsleute geehrt und verabschiedet. Sie waren seit Bestehen der Schiedsstellen ehrenamtlich tätig und haben rd. 200 Schlichtungen sowie Beratungen durchgeführt und damit einen erheblichen Anteil für das friedvolle Zusammenleben in unserer Stadt geleistet.

Die Stadtverordneten danken für den langwierigen Einsatz und für das ehrenamtliche Engagement recht herzlich.

## **TOP 6 Informationen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister geht in seinem Rückblick auf nachfolgende Ereignisse und Termine ein:

- 13.-15.12.13 Fürstenwalder Weihnachtsmarkt rund um den Dom verbunden mit der Initiative der Fürstenwalder Händlerschaft „Winterzauber“
- 18.12.2013 Arbeitsbesuch in Sulechów
- 10.01.2014 Neujahrsempfang in besonderem Ambiente, bei der RFL im Tränkeweg Unterzeichnung der Städtepartnerschaftserklärung mit Sulechów in diesem Rahmen
- Verkauf der Odersun-Hallen an den Landkreis und damit Absicherung der weiteren gewerblichen Entwicklungen
- Präsenz der Verwaltung vor Ort in der Fürstengalerie, um die Meinung der Fürstenwalder zur Neugestaltung des Marktplatzes zu erfahren
- 20.01.2014 Blitzeis – vielerorts schwierige Straßenverhältnisse, insbesondere auf Gehwegen. Aber der Winterdienst kann trotz unermüdlichem Einsatz nicht überall gleichzeitig sein und so gab es auch großes Verständnis für die extreme Situation
- 22.01.2014 Regionalkonferenz Jugendbeteiligung

In einem Ausblick werden folgende Termine vorgestellt:

- 23.01.2014 Ehrung des Reinheimer Ortsteils Ueberau auf der Grünen Woche mit der Goldmedaille des Bundeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“
- 24.01.2014 Talent-Show als Abschluss der Projektwoche an der Juri-Gagarin-Oberschule
- 27.01.2014 Kranzniederlegung am Tag des Gedenkens an die Opfer des Faschismus auf dem Ottomar-Geschke-Platz
- 29.01.2014 7. Ausbildungsbörse – 79 Aussteller und ca. 3.000 Ausbildungsplätze suchen Interesse
- noch bis Ende Januar Ausstellung „Spielen, Lesen, gesund aufwachsen in der Familie“ organisiert vom Lokalen Bündnis für Familie – zu sehen in der Kulturfabrik
- noch bis 16. 02. läuft die Sportlerumfrage in der MOZ – am 22.02.2014 findet die Sportler-ehrerung im Rahmen eines Sportlerballs im Fürstenwalder Hof statt.

Herr Petenati ergänzt diese Ausführungen noch um den Neujahrsempfang in Sulechów, zu dem der Erste Beigeordnete, Abg. Wagner, Abg. Sachse, Abg. Hoffrichter, Abg. Petenati sowie Frau Koch dort waren.

## **TOP 7 Einwohnerfragestunde**

Frau Krause, Lindenstraße, bittet um Sachstandsinformationen zum Lärmschutzgutachten. Des Weiteren gibt sie den Hinweis, dass Pkw's vermehrt auf dem Gehweg fahren. Die Anwohner bitten, durch das Aufstellen von Pollern o.ä. Abhilfe zu schaffen.

Diesen Hinweis wird die Stadt prüfen.

Zum Lärmschutzgutachten, welches durch die FGL beauftragt wurde, informiert der Bürgermeister, dass es dem Landesumweltamt zur Prüfung übergeben wurde. Eine erste Stellungnahme soll in der

Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 11.02.2014 erfolgen. Herr Tschepe ergänzt, dass auch erste Maßnahmevorschläge der Lärmaktionsplanung vorgestellt werden.

Herr Fischer fragt nach, warum Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses entfallen, obwohl Probleme wie die Mehrkosten für das Alte Rathaus anstehen.

Der Ausschussvorsitzende, Abg. Henkel, berichtet über die Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, in der über die Thematik ausführlich informiert und berichtet wurde. Danach wurde eine nochmalige Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss nicht für notwendig erachtet.

Herr Pletsch bezieht sich auf einen MOZ-Interview vom 27.12.2013 mit Landrat Manfred Zalenga. Darin heißt es, dass alle Asylbewerber aus Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde in Fürstenwalde in einer Trägerschaft verwaltet werden sollen. Herr Pletsch fragt, wo die ca. 750 Personen untergebracht werden können.

Der Bürgermeister stellt richtig, dass im Landkreis künftig 2 Standorte (Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde) entwickelt werden sollen. Diese beiden Städte werden die Aufnahme von Asylbewerbern wahrnehmen. Die gegenwärtig vorhandenen Plätze reichen für die Aufgabe nicht aus. Deshalb ist der Landkreis in Gesprächen, um andere Liegenschaften anzupachten oder zu kaufen, um sie für Asylbewerber vorzuhalten.

## **TOP 8      Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 8.1    Antrag der Fraktion DIE LINKE. Einberufung eines "Runden Tisches für Integration"**

Der Abg. Wende stellt den Antrag noch einmal ausführlich vor. Es wird beabsichtigt, dass sich die Stadt mit einer guten Willkommenskultur präsentiert und so wenig wie möglich Ankommenshemmnisse aufgebaut werden. Zur besseren Abstimmung gemeinsamer Integrationsziele (Sprachkurse, unkomplizierte ärztliche Behandlung, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, schulvorbereitende Kurse u.ä.) wird deshalb vorgeschlagen, einen Runden Tisch der Integration aus Vertretern der Träger und der Stadt Fürstenwalde zu bilden.

Die Abg. Wagner findet zwar das Anliegen aller Ehren wert, verweist aber auf einen auch personell gut ausgestatteten Integrationsbeirat. Deshalb gilt es, den Integrationsbeirat zu stärken und ggf. durch Stadtverordnete oder Mitarbeiter der Verwaltung zu unterstützen. Der Vorschlag, einen runden Tisch zu bilden, findet keine Zustimmung in der SPD-Fraktion. Außerdem müssen die Zuständigkeiten beachtet werden und die liegen hier eindeutig beim Landkreis Oder-Spree. Aus diesem Grunde schlägt die SPD-Fraktion vor, diesen Antrag so im Kreistag zu stellen.

Abg. Hilke schließt sich der Vorrednerin an, verweist ebenfalls auf die Zuständigkeiten und die gesetzlichen Regelungen für Flüchtlinge verschiedener Ordnung (syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge Zuständigkeit Job-Center) bzw. Asylbewerber (zuständig der Landkreis).

Die Abg. Fiedler betont, dass es darum geht, alle an der Integration beteiligten und interessierten Träger, Vertreter der Ärzte- und Schulgremien, Vereine, Verbände etc. zusammenzuführen, denn die Asylbewerber sind Einwohner unserer Stadt und sollten hier willkommen heißen werden. Sie schätzt und unterstützt die Arbeit des Integrationsbeirates, denkt aber, dass er mit dieser Aufgabe überfordert ist. Wir sollten bereit sein, etwas zu tun und nicht allein die Verantwortung auf den Landkreis Oder-Spree zu schieben. In diesem Zusammenhang erinnert die Abg. Fiedler an das zu erarbeitende Integrationskonzept.

Abg. Lothar Hoffrichter unterstützt das ehrenwerte Anliegen, verweist aber ebenfalls an den federführenden und finanziell zuständigen Landkreis und meint, dass die Stadt unterstützend tätig werden kann.

Abg. Zänker vertritt die Auffassung, dass der Lösungsvorschlag der Fraktion DIE LINKE. überschaubar und unterstützenswert ist, da die Probleme in der Stadt auftreten und hier kommuniziert werden sollten.

Abg. Alter meint, es sollte mit Sachlichkeit versucht werden, die Probleme zu lösen. Das kann aus ihrer Sicht nur der Integrationsbeirat sein.

Sie bringt den Hinweis ein, dass z.B. die BSG Pneumant der GefAS ein entsprechendes Angebot unterbreitet hat, um den Asylbewerbern sinnvolle Freizeitaktivitäten und die Integration über sportliche Aktivitäten zu bieten und meint, wir sind zwar alle in der Pflicht und in der Verantwortung aber zuerst die Gesetzgeber. Der Integrationsbeirat sollte das koordinieren.

Abg. Gollmer appelliert, dass die Probleme der Asylbewerber in der Stadt thematisiert und an den Landkreis herangetragen werden müssen.

Abg. Nachtigall schließt sich dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. an und meint, die Idee des Runden Tisches sei sinnvoll und gerechtfertigt. Ihm sind verschiedene Probleme aus dem Sozialausschusses des Landkreises bekannt.

Das Wort wird einstimmig Frau Kerle vom Integrationsbeirat erteilt. Sie berichtet, dass sich der Integrationsbeirat bereits aktiv in die Thematik einbringt und z.B. Gesprächstermine mit Herrn Unger von der GefAS und Frau Kipsch vereinbart wurden. Sie würde sich allerdings eine größere Unterstützung von der Stadt und der Politik wünschen und verweist auf die Termine der Beiratssitzungen. Sie spricht von einer sehr großen Aufgabe, die alle angeht und die der Integrationsbeirat ehrenamtlich allein nicht stemmen kann.

Der Abg. Sachse verweist ebenfalls auf die ehrenamtliche Tätigkeit und meint, im Moment steht eine Problematik an, die professionell und nicht schnell und nur ehrenamtlich allein lösen kann. Deshalb sollte der Runde Tisch so schnell wie möglich und unter Einbeziehung der Stadt einberufen werden.

Der Bürgermeister betont, dass sowohl die Verwaltung als auch er persönlich zur Stelle sind, wenn Hilfe und Unterstützung nötig sind. Federführend kann die Verwaltung jedoch nicht tätig werden, da der Landkreis formal verantwortlich ist. Dieser beauftragt freie Träger, hier tätig zu werden und diese Aufgaben wahrzunehmen. Auch er war vor Ort und bei der GefAS und hat seine Unterstützung zugesagt.

Abg. Wagner unterbreitet den Vorschlag, zur nächsten Sitzung des Integrationsbeirat sowohl die politischen Verantwortungsträger als auch Herrn Unger und Frau Kipsch vom Haus Hoffnung einzuladen. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Abg. Wende möchte den Integrationsbeirat nicht überfordern und schlägt vor, dass die Stadtverordnetenversammlung zu einem runden Tisch einlädt und die Verwaltung dort unterstützend wird.

Der Abg. Apitz erinnert, dass es um uns als Menschen und nicht als Politiker geht. Wir müssen deshalb offen sein für Probleme und Nöte, die entstehen. Er vertritt die Auffassung, dass der Integrationsbeirat nur bedingt belastbar ist und wirbt dafür, ihn deshalb noch mehr durch Verwaltung und Politik zu unterstützen und die Thematik mit dem Landkreis kommuniziert werden. Das ist eine große Aufgabe für Fürstenwalde, für die es jedoch keinen Runden Tisches bedarf.

Der Abg. Wende zieht den Antrag seiner Fraktion zurück und hofft, dass die Thematik von allen unterstützt und mitgetragen wird, so dass der Versuch eines gemeinschaftlichen Handelns umgesetzt wird.

**TOP 8.2 Ordnungsbehördliche Verordnung über mögliche Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen aus Anlass von besonderen Ereignissen in der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/662**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

Die in der Anlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung über mögliche Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen aus Anlass von besonderen Ereignissen in der Stadt Fürstenwalde/Spree wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.3 Bebauungsplan Nr. 88 "Kita-Standort Heuweg" 5/660**  
**hier: Beschluss über die Änderung des Geltungsbereichs gemäß § 2**  
**Abs. 1 BauGB**  
**BauGB Beschluss über den Entwurf zur Auslegung gemäß § 3 Abs. 2**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf. Abg. Hoffrichter bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Straße an der Bäderbahn in diesem Zusammenhang favorisiert wird.

**Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 89 "Kita-Standort Heuweg" auf die Flurstücke der Gemarkung Fürstenwalde/Spree: Flur 151, Flurstücke 282 tw., 373 tw., Flur 156, Flurstücke 12 tw., 386.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 89 "Kita-Standort Heuweg" in der Fassung 01/2014 zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie i.V.m. § 4a BauGB gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.4 Bebauungsplan Nr. 64 "Solarpark Flugplatz II" 5/666**  
**hier: Abwägung und Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**

Ergänzend zur Drucksache erläutert Herr Tschepe die Tischvorlagen. Der Bericht des Sachverständigen Meinecke zum Artenschutz soll im Rahmen des Städtebaulichen Vertrages zum Bebauungsplan sowie beim Vollzug des Planes berücksichtigt werden. Hierzu soll es Abstimmungen mit dem Landkreis und dem Vorhabenträger im Baugenehmigungsverfahren geben. Im Rahmen der Bauleitplanung kann lediglich geprüft werden, ob der Artenschutz dem Vollzug des Planes grundsätzlich entgegensteht. Das ist nicht der Fall. Einzelheiten dazu könnten der vorgelegten Stellungnahme der Stadt und des Landschaftsarchitekten Trautmann entnommen werden. Deshalb bittet Herr Tschepe die Stadtverordneten, die Drucksache zur Satzung zu beschließen. Die Inkraftsetzung des Planes durch Bekanntmachung im Amtsblatt erfolgt natürlich erst, wenn der Städtebauliche Vertrag zu den Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen unterzeichnet ist.

### **Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung hebt den Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 64 "Solarpark Flugplatz II" vom 07.11.2013 auf (DS 5/631).
2. Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt den Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen und Anregungen aus den Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, den Abstimmungen mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB sowie den Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a BauGB vom 07.11.2013 (DS 5/630).
3. Über die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen aus der Wiederholung der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 a BauGB und der Benachrichtigung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange wird entsprechend der Anlage abwägend entschieden. Diese wird das Protokoll der Abwägung
4. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.05.2013 (GVBl. I S. 17), in Verbindung mit § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548), den Bebauungsplan Nr. 64 "Solarpark Flugplatz II" für das Gebiet der Gemarkung Fürstenwalde/Spree, Flur 35 Flurstück 297 tw. und Flur 40 Flurstück 12/8 tw., bestehend aus den Planzeichnungen (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), als Satzung. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.

**Zustimmung Ja 24 Nein 0 Enthaltung 7**

### **TOP 8.5 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei Stromkosten für die Straßenbeleuchtung, Betätigung der Eilentscheidung 5/659**

Der komm. FBL, Herr Tschepe, erläutert den Sachverhalt ausführlich.

### **Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree genehmigt die überplanmäßige Ausgabe für die Stromkosten der Straßenbeleuchtung in Höhe von rund **90.700 €**.
2. Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree bestätigt somit die Eilentscheidung des Bürgermeisters und des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zur DS 5/659-1 vom 20.12.2013.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 8.6 Überplanmäßigen Ausgabe zum Bauvorhaben Altes Rathaus, Bestätigung der Eilentscheidung 5/663/1**

Der komm. FBL, Herr Tschepe, erläutert den Sachverhalt. Die Frage der Mehrkosten, die insbesondere durch die aufwendige Aufzugskonstruktion anfallen, erläutert der Bürgermeister ausführlich. Die Anfrage des Abg. Hilke zum Fundament des Turmes, das auf einem Findling ruhen soll, wird in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses beantwortet.

### **Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree genehmigt die überplanmäßige Ausgabe für die Mehrkosten zur Fertigstellung des Alten Rathauses in Höhe von 110.100,- €.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt die Eilentscheidung vom 20.12.2013.

**Zustimmung Ja 29 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 9 Informationen der Verwaltung**

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

## **TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung**

Die Abg. Alter fragt an, ob z.B. auf der Bullenwiese eine Kunsteisbahn hergerichtet werden könnte. Die Verwaltung nimmt die Frage auf und wird sie prüfen.

Der Abg. Nachtigall fragt an, wie die weitere Verfahrensweise zur Roteichenstraße ist. Des Weiteren fragt er an, ob es die richtige Entscheidung war, an der Ecke E.-Jopp-Straße/Küstriner Straße einen Autohandel zuzulassen. Der Bürgermeister berichtet, dass es sich dort um ein Mischgebiet handelt und die Stadt keine Einflussnahme auf die Ansiedlung von Kleingewerbe hat. Bezüglich der Roteichenstraße informiert er, dass entsprechende Gespräche mit den Anwohnern laufen. Über 80 % haben sich für einen Ausbau ihrer Straße ausgesprochen. In welcher Form der Ausbau stattfindet, muss noch entschieden werden.

Des Weiteren fragt er an, was aus der Versuchswindparkanlage Richtung Buchholz geworden ist. Der Bürgermeister berichtet, dass die Stadt gern ein Versuchsfeld für Windkraftanlagen realisiert hätte. Aber für das Versuchsfeld gelten die gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen wie für einen kommerziellen Windpark, d.h. dass diese rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Da dies noch eine Weile dauern kann, ist ungewiss, ob dann das Interesse immer noch so groß ist. Dies wird im Wesentlichen auch von der Förderquote für IN-Shore-Anlagen abhängig sein.

Der Abg. Sachse gibt den Hinweis, dass sich am Bahnhofsgebäude (Gleis 2) ein Aushang der DB befindet, der sich an Wohnsitzlose richtet und noch auch die in der Nähe befindliche ODU verweist. Dieser Hinweis müsste entfernt oder überarbeitet werden.

Abg. Wende fragt, wo und wann es eine Entscheidung oder einen Beschluss gab, dass Sandstraßen nicht mehr geschoben werden. Er bat um entsprechende Protokollauszüge. Der Bürgermeister hatte berichtet, dass es keinen entsprechenden Beschluss gab. Abg. Wende fragt, wie der Sachstand bezüglich der Strukturierungsvorschläge für den Städtischen Betriebshof ist. Dazu sagt der Bürgermeister eine entsprechende Ausarbeitung zu. Weiterhin bittet Abg. Wende um Informationen, wie ausgehend von den Eilentscheidungen bzw. den außerplanmäßigen Ausgaben ein Controlling durch den Ersten Beigeordneten ausgeübt wird. Der Bürgermeister antwortet, dass die Budgetverantwortlichkeit bei den einzelnen Fachbereichen liegt. Der Erste Beigeordnete weist auf Probleme oder notwendige Verfahren hin, die durch die Fachbereiche dann veranlasst werden. Herr Dr. Fehse ergänzt, dass mit dem neuen Haushalts- und Kassenverfahren ein Modul eingeführt wird, wo auch schon dann eine Vormerkung vorgenommen wird, wenn ein Auftrag erteilt wird. Diese Vormerkung ist dann zukünftig nicht mehr möglich, wenn das Budget erschöpft ist. Mit dem Haushalt 2014 wird eine überarbeitete Haushaltssatzung vorgelegt, wo die Verwaltung einen größeren Rahmen für überplanmäßige Ausgaben zur Verfügung hat. Abschließend bittet der Abg. Wende um Auskunft, wie z.B. die MEG unterstützend tätig werden kann, wenn Asylbewerber regelmäßig Arztbesuche benötigen und es Haus-, Kinder- oder Zahnärzten mangelt oder diese sich weigern, sie zu behandeln. Herr Dr. Fehse berichtet, dass die MEG ein Anbieter von ärztlichen Leistungen in der Stadt ist. Sie stellt monatlich Rechnungen an den Landkreis für erbrachte ärztliche Leistungen. Das machen alle anderen Ärzte auch, denn die Asylbewerber sind nicht versichert. Deshalb werden die ärztlichen Leistungen durch den Landkreis bezahlt.



Abg. Petenati fragt nach Informationen die Überprüfung aus Dormagen betreffend.  
Der Bürgermeister berichtet, dass das Gutachten Anfang des Jahres übergeben worden ist. Zunächst wird es intern ausgewertet und den Fraktionen dann zur Verfügung gestellt.

**TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung. Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Die Niederschrift umfasst 9 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

---

Vorsitzender

---

Schriftführerin